

halb, weil wir dazumal noch in gar wenige Dörfer Eingang fanden. Und was war doch der „vaterländische Krieg mit dem Erbfeind“ gegen die plate Farce der Mannesmann-Firma und ihrer jungen Leute im heutigen Auswärtigen Amt!

Sündigt die besprochene Stellungnahme durch zu geringes Vertrauen in die siegreiche Kraft unsrer Losungen, so scheint sie uns andererseits die Wirkung der Kapitalinteressen als Friedensgarantie stark zu überschätzen. Es mag stimmen, daß sich die auswärtige Politik der Bethmann und Kiderlen lediglich die Spanne zwischen den zwei Cliquen der Minen- ausbeutung auszumessen getraut, aber das Spiel auf dem vulkanischen Boden der internationalen Gegensätze ist selbst für größere Geister als diese Kommiss des Kapitalismus ein Spiel mit verbundenen Augen. Nicht Mannesmann und Thyssen allein entscheiden über den weiteren Gang des Abenteuerers, das wie alle weltpolitischen Vorstöße leicht den eigenen Arranguren über den Kopf wachsen und sich aus einem frivolen Spielen mit Zündhölzern zum Weltenbrand auszuwachsen kann. Kann doch leicht der Schwerpunkt der Situation schon durch irgendwelche „Konzessionen“ nach Südafrika oder einem andern Weltteil verlegt werden, um ganz neue Konflikte zu schaffen. Deshalb ist es unseres Erachtens Pflicht der Sozialdemokratie, nicht die öffentliche Meinung zu beruhigen, sondern umgekehrt, sie aufzurütteln und vor den in jedem solchen Abenteuer der heutigen Weltpolitik schlummernden Gefahren zu warnen. Nicht auf die Friedensinteressen irgendeiner Kapitalistenclique, sondern lediglich auf den Widerstand der aufgeklärten Volksmassen als Friedenstfaktor geziemt es uns zu rechnen. Durch das Ruhegebot kämen wir jetzt übrigens sichtlich den Wünschen der Lenker der Marokkopolitik entgegen. Das allgemeine Schweigen im Walde, das sich die zwei Hohenpriester der Kolonialpolitik, Cambon und Kiderlen, ausgedenken haben, um hinter dem Rücken der Volksvertretungen und der Öffentlichkeit ihren Hokuspokus ungestört auszuführen¹, ist ein Fingerzeig mehr, daß die Taktik der Arbeiterparteien das gerade Gegenteil gebietet: einen lauten Appell an die öffentliche Meinung, die vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. In diesem Sinne war auch z. B. die vom „Vorwärts“ zuerst aufgestellte Forderung

1 Während der Marokkokrise verhandelten der französische Botschafter in Deutschland Jules Cambon und der Staatssekretär des Äußeren Alfred von Kiderlen-Wächter hinter verschlossenen Türen über Kompensationen im Kolonialbesitz. Diese Verhandlungen führten am 4. November 1911 zu den Marokko- und Kongobkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Im Marokkobkommen stimmte Deutschland der Beherrschung Marokkos durch Frankreich zu, während Frankreich das Prinzip der „offenen Tür“ für Marokko garantierte. Im Kongobkommen wurde ein Gebietsaustausch in Aquatorialafrika vereinbart, durch den Deutschland gegen Territorien im Tschadgebiet einen zwar größeren, wirtschaftlich aber wertlosen Teil von Französisch-Kongo erhielt.

der Einberufung des Reichstags sicher von richtigem Instinkt diktiert¹; leider scheint unser Zentralorgan diese Lösung – wenn wir nicht irren – nicht weiter zu vertreten.

Endlich kommt in der Stellungnahme des Parteivorstands eine allgemeine Auffassung über den Wahlkampf zum Ausdruck, die uns nicht einwandfrei erscheint. Wir sollen uns ausschließlich auf die Fragen der inneren Politik, auf die Steuern und Sozialgesetzgebung, bei der Agitation beschränken. Aber die Finanzpolitik, die Junkerherrschaft, Stillstand der Sozialreform sind mit dem Militarismus, Marinismus, mit der Kolonialpolitik, mit dem persönlichen Regiment und seiner auswärtigen Politik organisch verknüpft. Jede künstliche Trennung dieser Gebiete kann nur ein lückenhaftes, einseitiges Bild unsrer öffentlichen Zustände geben. Vor allem sollen wir bei der Reichstagswahl *sozialistische Aufklärung* verbreiten, dies läßt sich aber nicht erreichen, wenn wir ausschließlich die innerpolitischen Zustände Deutschlands in den Kreis unsrer Kritik ziehen, wenn wir nicht die großen internationalen Zusammenhänge, die fortschreitende Kapitalherrschaft in allen Weltteilen, die augenfällige Anarchie in allen Ecken und Enden und die hervorragende Rolle der Kolonial- und Weltpolitik in diesem Prozeß schildern. Nicht als eine abgekürzte, auf ein paar „zugkräftigste“ Punkte versimpelte politische Fibel, sondern als die sozialistische Weltanschauung in ihrer ganzen umfassenden Fülle und Mannigfaltigkeit müssen wir die Wahlagitation gestalten.

Man spricht so viel von der „glänzenden Situation“, in der wir den Reichstagswahlen entgegengehen, und zugleich werden wir immer wieder gewarnt, diese „Situation“ durch irgendeine unvorsichtige Aktion zu verschütten; früher war es der Kampf um das preussische Wahlrecht, jetzt soll es die Agitation gegen den Marokkorummel sein. Wir denken, daß jene „glänzende Situation“ nicht eine äußerliche Zufallskonstellation ist, die man durch eine Unüberlegtheit verderben kann, sondern sie ist die Frucht der gesamten historischen Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutschlands in den letzten Jahrzehnten, und die Gunst *dieser* „Situation“ können wir höchstens verschütten, wenn wir einfach das gesamte Parteienleben und alle Aufgaben des Klassenkampfes unter dem Gesichtswinkel des Wahlzetteils zu betrachten anfangen.

Leipziger Volkszeitung,

Nr. 168 vom 24. Juli 1911.

1 Siehe Was will die Regierung? Eine Interpellation. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 154 vom 5. Juli 1911.